



Niederschrift

über die Sitzung

des Stadtrates

am 16.03.2016

Anwesend

Vorsitz

Michael Ebling

Verwaltung

Günter Beck
Christopher Sitte
Kurt Merkator
Karin Eder
Marianne Grosse

Stadtratsmitglieder

Baris Baglan
Andreas Behringer
Claus Berndroth
Katharina Binz
Marc-Antonin Bleicher
Dr. Barbara Both
Nurhayat Canpolat
Xander Dorn
Dr. Gerd Eckhardt
Nora Egler
Sabine Flegel
Henning Franz
Thomas Gerster
Alexandra Gill-Gers
Klaus Hafner
Ansgar Helm-Becker
Waltraud Hingst
Dr. Brian Huck
Ruth Jaensch
Martin Kinzelbach
Johannes Klomann, MdL
Amin Kondakji
Walter Koppius
Martina Kracht
Antje Kuessner
Sylvia Köbler-Gross
Thorsten Lange
Myriam Lauzi
Prof. Dr. Felix Leinen
Dr. Eckart Lensch
Dr. Sabine Littig
Dr. Eleonore Lossen-Geißler
Kurt Mehler

Dr. Christian Moerchel
Dr. Claudius Moseler
Thomas Neger
Anette Odenweller
Prof. Dr. Michael Pietsch
Dr. Christine Pohl
Jasper Proske
Wolfgang Reichel, MdL
Dr. Markus Reinbold
Uta Schmitt
Ilona Schäfer
Hannsgeorg Schöning
Milan Sell
Norbert Solbach
Harald Strutz
Heinz-Werner Stumpf
Karin Trautwein
Christian Viering
Prof. Dr. Jürgen von Stuhr
Ute Wellstein
Sissi Westrich
Christine Zimmer

Schriftführung

Detlef Blessing

Entschuldigt fehlen

Ursula Groden-Kranich, MdB
Daniel Köbler, MdL
Claudia Siebner
Dr. Peter Tress
Cornelia Willius-Senzer

Tagessordnung

a) öffentlich

TEIL I

Anfragen

1. Geschwindigkeitskontrollen der Stadt Mainz (CDU)
2. Tempo 30 in Mainz (FDP)
3. Beratungsrechte von Ortsbeiräten bei Baugenehmigungen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
4. Bürgerforen (ÖDP)
5. Zwangsvollstreckung der Rundfunkgebühren durch die Stadt (Mainzer Bürgerfraktion)
6. Mainzer Ring (FW-G)
7. Barrierefreies Taxi (SPD)
8. Ausgaben der Fraktionen (FW-G)
9. Givebox (SPD)
10. Arbeitszeitkonten (SPD)
11. Grundstücksverfügbarkeit für den Radweg zwischen Drais und Finthen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
12. Datenschutz von Bürger- und Ratsaktivitäten (CDU)
13. Spielhallen und Wettbüros in der Stadt Mainz (CDU)
14. Nutzungsplanung Immobilien der Stadt Mainz (CDU)
15. Bürgerforum Mainz Meine Stadt. Meine Ideen. (CDU)
16. Broschüre "Einkaufen in Mainz – Shopping Guide" (CDU)
17. Ortsverwaltungen (CDU)
18. Bürgerhäuser (CDU)
19. Schulsituation der Flüchtlingskinder in Mainz (ÖDP)
20. Einsatz von Leiharbeitskräften an Mainzer Schulen (DIE LINKE)

21. Landesfinanzierung für Flüchtlinge in Mainz (FDP)
22. Taxikonzessionen in Mainz (FDP)
23. Umsetzung des Landestransparenzgesetzes in Mainz (DIE LINKE)
24. Fragestunde

Anträge

25. Masterplan Verkehr (CDU)
26. gem. Antrag (CDU, SPD, B90/GRÜNE, FDP) Entwicklung einer Sportstiftung
26.1. Ergänzungsantrag zu gem. Antrag (CDU, SPD, B90/GRÜNE, FDP) Entwicklung einer Sportstiftung (DIE LINKE)
27. Fernwärmeversorgung (FW-G)

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

28. Sachstandsberichte
29. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO
- 29.1 Übertragung von Haushaltsausgaberesten aus dem Haushaltsjahr 2015 nach 2016
30. Wirtschaftliche Beteiligungen
31. 1. Änderung der Satzung für Märkte und Volksfeste
32. Städtische Zuschüsse an freie Träger von Kindertagesstätten
33. Durchführung eines Modellprojektes zur Erhöhung des Betreuungsangebotes für Grundschulkinder
34. Bewohnerparken Mainz-Oberstadt
35. Bebauungsplanentwurf "Residenzpassage (A 269)" (Satzungsbeschluss)
36. Veränderungssperre " O 67-VS/I" - Erste Verlängerung
37. Bebauungsplanverfahren "A 265" (Satzungsbeschluss)
38. Bebauungsplan "B 158/ 2.Ä" (Planstufe I), vereinfachtes Verfahren § 13 BauGB

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

- 39. Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien
- 40. Einwohnerfragestunde
- 41. Anregungen der Ortsbeiräte

b) nicht öffentlich

- 42. Personalangelegenheiten
- 43. Wirtschaftliche Beteiligungen
- 44. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz
- 45. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz
- 46. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- 47. Grundstücksangelegenheiten
- 8. Ausgaben der Fraktionen (FW-G)

Der Vorsitzende eröffnet um 15:05 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Hinsichtlich der Tagesordnung beschließt man mit der erforderlichen Mehrheit die Aufnahme der Vorlagen Nr. 349/2016 (Tagesordnungspunkt 29.1), 367/2016 (Tagesordnungspunkt 30.6) und 0261/2016 (Tagesordnungspunkt 43.2) sowie einen weiteren Sachstandsbericht (Tagesordnungspunkt 28.4).

Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge wurden zu den Punkten 26 (öffentlich) und 47.2 (nicht öffentlich) eingereicht.

Eine neue Fassung gibt es jeweils zu den Tagesordnungspunkten 28.3 sowie 26.

Herr Dr. Moseler bittet, den Tagesordnungspunkt 47.1 auf Grund Beratungsbedarfs seiner Fraktion abzusetzen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde in der sich anschließenden Abstimmung nicht erreicht, so dass der Tagesordnungspunkt zur Beratung auf der Tagesordnung verbleibt.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

TEIL I

Anfragen

Punkt 1 **Geschwindigkeitskontrollen der Stadt Mainz (CDU)**
Vorlage: 0234/2016

Zur vorliegenden Antwort von Frau Beigeordneter Eder drückt Herr Gerster seine Verwunderung über die Diskrepanz zwischen den Unfallschwerpunkten und der hohen Anzahl der Geschwindigkeitsmessungen aus. Beispielsweise werde in der Grabenstraße sehr häufig geblitzt, obwohl hier kein Unfallschwerpunkt zu erkennen sei.

Frau Beigeordnete Eder erläutert hierzu, dass die Messungen in der Grabenstraße auf vielfachen Wunsch der Anwohner durchgeführt würden. Unabhängig hiervon teilt sie mit, dass dieses Thema in der nächsten Verkehrsausschusssitzung nochmals aufgerufen werde.

Punkt 2 **Tempo 30 in Mainz (FDP)**
Vorlage: 2012/2015

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Frau Beigeordneter Eder ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 3 **Beratungsrechte von Ortsbeiräten bei Baugenehmigungen**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorlage: 0344/2016

Zu der von Frau Beigeordneter Grosse vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 4 **Bürgerforen (ÖDP)**
Vorlage: 0427/2016

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort fragt Herr Dr. Moseler nach, wer die in der Antwort zu Frage 4 genannten Leitlinien erstellt bzw. ob es bereits Initiativen für die Leitlinien gäbe.

Herr Oberbürgermeister Ebling erläutert, dass man hier noch am Anfang des Prozesses stehe und bisher keine Leitlinien entwickelt seien. Ein Beginn sei für den Herbst 2016 geplant.

Punkt 5 **Zwangsvollstreckung der Rundfunkgebühren durch die Stadt**
(Mainzer Bürgerfraktion)
Vorlage: 0462/2016

Die Antwort wurde von Herrn Bürgermeister Beck vorgelegt. Herr Prof. von Stuhr fragt zunächst nach, wie die Verwaltung auf Grund der relativ hohen Anzahl von Vollstreckungsfällen in diesem Bereich agieren wolle. Zum zweiten sei doch bekannt, dass in der Regel bei den gepfändeten Schuldnern kein Geld vorhanden sei, um die Zwangsvollstreckung zu bezahlen. Er bittet um Auskunft, wie mit dem daraus entstehenden Defizit umgegangen werde.

Herr Bürgermeister Beck erklärt hierzu, dass die Zwangsvollstreckungen durchgeführt werden müssten und zunächst davon ausgegangen werde, dass die erforderlichen Gebühren vereinbart würden.

Punkt 6 **Mainzer Ring (FW-G)**
Vorlage: 0469/2016

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort fragt Herr Berndroth nach, um welche unvorhergesehenen zusätzlichen Leistungen es sich handle. Auch sei die Aussage zum Wintereinbruch verwunderlich, da von Juni bis Dezember kein Wintereinbruch stattgefunden habe. Auch bis Anfang März sei keine Aktivität festgestellt worden; seltsamerweise werde jetzt bei Minus-Graden gearbeitet und sogar ein Zelt aufgeschlagen worden.

Frau Beigeordnete Eder sagt zu, diese Fragen an den zuständigen Landesbetrieb Mobilität weiterzuleiten und die Antwort den Fraktionen zukommen zu lassen.

Punkt 7 **Barrierefreies Taxi (SPD)**
Vorlage: 0470/2016

Auf Nachfrage von Frau Gill-Gers, ob es für die Einführung des barrierefreien Taxis einen möglichen Zeitpunkt gäbe, erklärt Frau Beigeordnete Eder, dass dies nicht möglich sei, da noch eine Vielzahl von Fragen geklärt werden müsste. Allerdings würden die Vertreterinnen des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Frau Wallbrecher und Frau Boos-Weidosch, eingebunden, bzw. über den Fortgang unterrichtet.

Punkt 8 **Ausgaben der Fraktionen (FW-G)**
Vorlage: 0472/2016

Die Antwort des Herrn Oberbürgermeisters für den öffentlichen Teil wird ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

Punkt 9 **Givebox (SPD)**
Vorlage: 0473/2016

Die Antwort wird zur Kenntnis genommen. Frau Kracht bittet um Auskunft, wer für die Pflege der sog. Bücherkästen verantwortlich sei. Der Oberbürgermeister erläutert, dass dies ehrenamtlich erfolge.

Punkt 10 **Arbeitszeitkonten (SPD)**
Vorlage: 0475/2016

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 11 **Grundstücksverfügbarkeit für den Radweg zwischen Drais und Finthen**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorlage: 0478/2016

Zu der vorliegenden Antwort stellt Herr Sell zwei Zusatzfragen:

1. Wird ein Antrag auf Fristverlängerung der am 28.05.2016 ablaufenden Frist gestellt?
2. Welche zwei Genehmigungen fehlen noch? Die Beantwortung könnte auch im nichtöffentlichen Teil erfolgen.

Herr Beigeordneter Sitte beantwortet Frage 1 mit „Ja“. Zu Frage 2 teilt er mit, dass noch zwei Vertragsunterzeichnungen ausstünden, die voraussichtlich in der nächsten Woche erfolgen würden.

Punkt 12 **Datenschutz von Bürger- und Ratsaktivitäten (CDU)**
Vorlage: 0482/2016

Bezug nehmend auf die vorliegende Antwort fragt Herr Gerster nach, ob die angesprochenen Optimierungen in Bezug auf das datenschutzrechtliche „Feintuning“ der Internetseite bedeute, dass der Datenschutz nicht gewährleistet sei.

Der Oberbürgermeister widerspricht und erklärt, dass die datenschutzrechtlichen Aspekte vollumfänglich eingehalten seien.

Punkt 13 **Spielhallen und Wettbüros in der Stadt Mainz (CDU)**
Vorlage: 0483/2016

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 14 **Nutzungsplanung Immobilien der Stadt Mainz (CDU)**
Vorlage: 0484/2016

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 15 **Bürgerforum Mainz Meine Stadt. Meine Ideen. (CDU)**
Vorlage: 0485/2016

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 16 **Broschüre “Einkaufen in Mainz – Shopping Guide“ (CDU)**
Vorlage: 0486/2016

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte zur Kenntnis.

Punkt 17 **Ortsverwaltungen (CDU)**
Vorlage: 0487/2016

Zur vorliegenden Antwort bittet Herr Solbach, die Frage, wie oft Ortsverwaltungen geschlossen waren, zu beantworten. Es sei nicht gefragt worden, warum sie geschlossen waren.

Herr Oberbürgermeister Ebling sagt dies zu.

Punkt 18 **Bürgerhäuser (CDU)**
Vorlage: 0488/2016

Die Anfrage wurde von Herrn Bürgermeister Beck beantwortet. Hierzu bemängelt Herr Hafner, dass insbesondere die Fragen 4 und 5 nicht bzw. nicht vollständig beantwortet worden seien und bittet die Antworten nachzureichen.

Herr Bürgermeister Beck antwortet, dass zum jetzigen Zeitpunkt diese Fragen nicht beantwortet werden könnten, da sich die Notwendigkeiten, insbesondere der personelle Aufwand erst aus dem folgenden Prozess ergeben würden. Sollte gewünscht werden, das Kulturheim Weisenau in die Gesellschaft einzubeziehen, müsse ein entsprechender Antrag gestellt werden. Der Stadtvorstand habe sich zunächst auf die drei Bürgerhäuser in Hechtsheim, Finthen und Lerchenberg beschränkt. Dies sei Bestandteil der später zu behandelnden Verwaltungsvorlage.

In einer zweiten Zusatzfrage bemängelt auch Herr Schöning die unzureichend erscheinende Antwort, insbesondere im Hinblick auf den Zeitpunkt der Informationen an die Fraktionen. Während die E-Mail, die über eine Pressekonferenz informiert hat, bei der CDU erst nachmittags eingetroffen sei, habe die SPD-Fraktion bereits am Vormittag Kenntnis erhalten, die Geschäftsführerin sei sogar anwesend gewesen. Von Gleichbehandlung könne in diesem Fall keine Rede sein.

Der Vorsitzende verwahrt sich dagegen, es seien zu unterschiedlichen Zeitpunkten einzelne Fraktionen informiert worden. Alle Fraktionen seien zum gleichen Zeitpunkt per E-Mail unterrichtet worden. Die Tatsache, dass eine Fraktionsgeschäftsführerin an der Pressekonferenz teilgenommen habe, entziehe sich dem Einfluss der Verwaltung. Bezüglich der inhaltlichen Fragen habe Herr Bürgermeister Beck bereits Stellung bezogen.

Punkt 19 **Schulsituation der Flüchtlingskinder in Mainz (ÖDP)**
Vorlage: 0489/2016

Die Anfrage wurde von Herrn Beigeordneten Merkator beantwortet. Herr Prof. Leinen stellt hierzu zwei Zusatzfragen:

1. Gibt es eine längere Schulpflicht für Flüchtlingskinder?
2. Wie erfahren weiterführende Schulen, ob es eventuell noch Flüchtlingskinder gibt, die an diesen Schulen aufgenommen werden könnten? Nach seiner Auffassung müsste dies von der BBS gesteuert werden.

Herr Beigeordneter Merkator beantwortet die Fragen dahingehend, dass die Schulpflicht für alle Kinder gleich sei. Im Übrigen sei für das Verfahren die ADD zuständig, die dies auch entsprechend ausführe. Insofern habe die Stadt Mainz mit dem Zuweisungsverfahren nichts zu tun.

Punkt 20 **Einsatz von Leiharbeitskräften an Mainzer Schulen (DIE LINKE)**
Vorlage: 0491/2016

Zu der vorliegenden Antwort erläutert Herr Proske, dass sich die Frage nicht nur auf pädagogische Leiharbeitskräfte, sondern auch auf Leiharbeitskräfte im Verwaltungsbereich der Schulen bezogen habe und bittet, diese Zahlen nachzureichen.

Herr Oberbürgermeister Ebling teilt mit, dass es keine Leiharbeitskräfte in diesem Bereich gäbe.

Punkt 21 **Landesfinanzierung für Flüchtlinge in Mainz (FDP)**
Vorlage: 0492/2016

Herr Koppius bittet, die Kosten pro Person und Monat nachzureichen, sobald diese verfügbar seien.

Hierzu erklärt Herr Beigeordneter Merkator, dass ein solcher Mittelwert nicht aussagekräftig sei, da dieser von vielen verschiedenen Faktoren beeinflusst werde. Es könnten deshalb keine aussagekräftigen Werte ermittelt werden.

Punkt 22 **Taxikonzessionen in Mainz (FDP)**
Vorlage: 0493/2016

Zur vorliegenden Antwort fragt Herr Koppius nach, bis wann mit der Nacherhebung zu rechnen sei und wieso das Verhältnis 2 : 1 zwischen Neu- und Altbewerbern gewählt worden sei.

Frau Beigeordnete Eder erläutert, dass die Nacherhebung in ca. acht Wochen erfolgen werde und das Verhältnis 2 : 1 auf der gesetzlichen Grundlage basiere.

Punkt 23 **Umsetzung des Landestransparenzgesetzes in Mainz (DIE LINKE)**
Vorlage: 0494/2016

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 24 **Fragestunde**

Persönliche Anfragen von Ratsmitgliedern wurden nicht eingereicht.

Anträge

Punkt 25 **Masterplan Verkehr (CDU)**
Vorlage: 0464/2016

Für die CDU-Fraktion begründet Herr Gerster den Antrag. In der sich anschließenden Stellungnahme von Frau Dr. Pohl für die SPD beantragt sie Überweisung des Antrages zur weiteren Behandlung in den Verkehrsausschuss. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilt Herr Dr. Huck mit, dass man sich der Überweisung anschließe. Stadtratsmitglied Xander Dorn erklärt für die Fraktion DIE LINKE, dass ihrerseits – sollte der Überweisungsbeschluss nicht zustande kommen – Einzelabstimmung beantragt werde. Für die übrigen Fraktionen nehmen Herr Koppius (FDP), Herr Dr. Moseler (ÖDP) und Herr Mehler (FW-G) Stellung. Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Dr. Eckhardt, dass man mit der Überweisung in den Fachausschuss einverstanden sei.

Nach kurzer Stellungnahme von Frau Beigeordneter Eder sowie einem Schlusswort von Herrn Gerster überweist der Stadtrat den Antrag einstimmig zur weiteren Beratung in den Verkehrsausschuss.

Punkt 26 **gem. Antrag (CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP) Entwicklung einer Sportstiftung**
Vorlage: 0467/2016/1

Punkt 26.1 **Ergänzungsantrag zu gem. Antrag (CDU, SPD, B90/GRÜNE, FDP) Entwicklung einer Sportstiftung (DIE LINKE)**
Vorlage: 0467/2016/2

Der gemeinsame Antrag wird von den Herren Baglan (SPD), Hafner (CDU), Helm-Becker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Strutz begründet. Dabei wird deutlich, dass man den Ergänzungsantrag für überflüssig halte, da es hier um ein anderes Thema gehe.

Nach kurzer Stellungnahme von Herrn Bürgermeister Beck wird der gemeinsame Antrag von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP einstimmig beschlossen. Der Ergänzungsantrag wird bei vier Ja-Stimmen und einer Enthaltung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Punkt 27 **Fernwärmeversorgung (FW-G)**
Vorlage: 0474/2016

Herr Mehler begründet den Antrag der Fraktion FW-G. Für die übrigen Fraktionen nehmen Herr Schönig (CDU), Herr Dr. Lensch (SPD), Herr Sell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Koppius (FDP), Herr Proske (DIE LINKE) und Herr Dr. Moseler (ÖDP) sowie Frau Beigeordnete Eder für die Verwaltung Stellung. Von allen Rednerinnen und Rednern wird signalisiert, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Bei zwei Ja-Stimmen wird der Antrag sodann mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 28 **Sachstandsberichte**

Punkt 28.1 **Sachstandsbericht zu Änderungsantrag 1721/2014/2 von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP zum Antrag 1721/2014 der ÖDP; hier: Sozialer Wohnungsbau - Wohnraum für Flüchtlinge**
Vorlage: 0195/2016

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Der Änderungsantrag 1721/2014/2 ist damit einstimmig erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.02.2016.

Punkt 28.2 **Sachstandsbericht zu Antrag 0595/2015 der FDP;**
hier: Bewegungsgarten für Mainz
Vorlage: 1742/2015

Der Antrag wird vom Stadtrat einstimmig für erledigt erklärt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 26.02.2016.

Punkt 28.3 **Sachstandsbericht zu Antrag 1340/2014/1 von CDU, SPD,**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP;
hier: Erarbeitung eines erweiterten Versorgungskonzepts für psychisch
erkrankte Menschen
Vorlage: 0228/2016

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat beschließt einstimmig die Wiedervorlage in einem Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 01.02.2016.

Punkt 28.4 **Sachstandsbericht zu Antrag 0940/2015 der FDP ;**
hier: Anerkennung von integrativen Maßnahmen
Vorlage: 0442/2016

Der Antrag wird vom Stadtrat einstimmig für erledigt erklärt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.03.2016.

Punkt 29 **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO**
hier: Einwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoring-
leistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 0301/2016

Einstimmig beschließt der Stadtrat:

Die vorgelegten Listen für die Jahre 2015 und 2016 werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Annahme der folgenden Zuwendungen 0157/2015, 0159/2016, 0164/2015, 0006/2016 und 0007/2016 aus 2015 und 2016 wird zugestimmt, da die Wertgrenze von 3.000 Euro überschritten wurde.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.02.2016.

Punkt 29.1 **Übertragung von Haushaltsausgaberesten aus dem Haushaltsjahr 2015 nach 2016**
Vorlage: 0349/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, die in der Anlage 1 der Vorlage aufgeführten Ansätze aus dem Haushaltsjahr 2015 für übertragbar zu erklären.

Der Stadtrat nimmt von den kraft Gesetz übertragbaren Ansätzen aus dem Haushaltsjahr 2015 (Anlage 2) Kenntnis.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.03.2016.

Punkt 30 **Wirtschaftliche Beteiligungen**

-

Punkt 30.1 **Stadtwerke Mainz AG;**
hier: Verschmelzung der Stadtwerke Mainz Eigentums GmbH auf die Stadtwerke Mainz Netze GmbH
Vorlage: 0270/2016

Der Stadtrat nimmt die Verschmelzung der Stadtwerke Mainz Eigentums GmbH auf die Stadtwerke Mainz Netze GmbH zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.03.2016.

Punkt 30.2 **Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR;**
hier: Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2016 gemäß Verlängerungsoption
Vorlage: 0260/2016

Der Stadtrat stimmt der Bestellung der DORNACH GmbH als Abschlussprüfer für den Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR zur Prüfung des Jahresabschlusses 2016 gemäß Verlängerungsoption einstimmig zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.03.2016.

Punkt 30.3 **Grundstücksentwicklung Mainz Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Mainz (AGEM)**
Bestellung des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2015
Vorlage: 0256/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann & Partner AG zur Prüfung des Jahresabschlusses 2015 der Grundstücksentwicklung Mainz (AGEM) AöR.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.03.2016.

Punkt 30.4 **AGEM;**
hier: Prüfbericht der Grundstücksentwicklung Mainz Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Mainz (AGEM) für das Wirtschaftsjahr 2014
Vorlage: 0253/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der AGEM für das Geschäftsjahr 2014 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 5.225.759,74 € und einem Jahresüberschuss i. H. v. 300,27 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den Jahresüberschuss i. H. v. 300,27 € auf neue Rechnung vorzutragen,
3. den Prüfbericht der Dornbach GmbH über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2014.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.03.2016.

Punkt 30.5 **Grundsatzbeschluss zur Gründung der Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co.KG**
Vorlage: 0313/2016

Nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes gibt Herr Schönig für die CDU zu Protokoll, dass sie grundsätzlich der Gründung einer solchen Gesellschaft positiv gegenüberstehe, die vorliegende Vorlage jedoch nicht aussagekräftig genug für eine Zustimmung sei.

Auf Nachfrage von Herrn Berndroth, inwieweit diese Vorlage Auswirkungen auf die Stadtteile habe, erklärt Herr Oberbürgermeister Ebling, dass dies weitere Beschlüsse erfordern würde.

Am Ende der Aussprache beschließt der Stadtrat gegen die Stimmen der CDU und bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE:

1. Der Gründung der Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co.KG wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte zur Gründung der Gesellschaft umzusetzen.

2. Zum Geschäftsführer der Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co.KG wird Herr Bürgermeister Günter Beck bestellt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.03.2016.

Herr Bürgermeister Beck nahm an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

Punkt 30.6 **Wirtschaftliche Beteiligungen; Stadtwerke Mainz AG;**
hier: Erhöhung der Beteiligung der Thermago GmbH an der Thermago
Berliner Siedlung GmbH
Vorlage: 0367/2016

Der Stadtrat nimmt die Erhöhung der Beteiligung der Thermago GmbH an der Thermago Berliner Siedlung GmbH zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.03.2016.

Punkt 31 **1. Änderung der Satzung für Märkte und Volksfeste**
Vorlage: 0368/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die Satzung zur Änderung der Satzung für Märkte und Volksfeste.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.03.2016.

Punkt 32 **Städtische Zuschüsse an freie Träger von Kindertagesstätten**
Vorlage: 0245/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig nach den Vorberatungen im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, dass die Erhöhung des städtischen Zuschusses zu den Bau- und Ausstattungskosten freier Träger von 40 auf 60 % über den 30.09.2015 bestehen bleibt.

Für Bauvorhaben, die bis zum 30.09.2018 beantragt und bis zum 31.12.2020 abgeschlossen werden, wird der erhöhte Zuschusssatz von 60 % bewilligt.

Für nach dieser Maßgabe neu geschaffene und belegte Plätze für Mainzer Kinder im Alter von unter drei Jahren zahlt die Stadt Mainz weiterhin dauerhaft einen jährlichen Bonus in der am 05.12.2012 beschlossenen Höhe (s. Punkt 2).

Entsprechend werden die im Anhang befindlichen „Richtlinien über die Gewährung von städt. Zuschüssen zu den Bau- und Ausstattungskosten von Kindertagesstätten im Jugendamtsbezirk Mainz“ beschlossen und treten ab sofort in Kraft. Die vom Stadtrat am 01.10.2014 beschlos-

senen „Richtlinien über die Gewährung von städt. Zuschüssen zu den Bau- und Ausstattungskosten von Kindertagesstätten im Jugendamtsbezirk Mainz“ treten damit außer Kraft.

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfehlen, der Stadtrat beschließt die zusätzlich benötigten Mittel in Höhe von 1.683.000 € für 2017 und in Höhe von 1.683.000 € für 2018 für den Doppelhaushalt 2017/2018 anzumelden.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.02.2016.

Punkt 33 **Durchführung eines Modellprojektes zur Erhöhung des Betreuungsangebotes für Grundschul Kinder**
Vorlage: 0276/2016

Der Stadtrat beschließt nach Vorberatung durch den Jugendhilfeausschuss einstimmig die Durchführung eines Modellprojektes zur Erhöhung des Betreuungsangebotes für Grundschul Kinder.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.02.2016.

Punkt 34 **Bewohnerparken Mainz-Oberstadt**
- Nach-/Wirksamkeitsuntersuchung zur Einführung des Bewohnerparkgebietes 07
- Durchführung einer Bürgerbeteiligung zur Einführung einer Parkscheibenregelung in Teilen des Schlesischen Viertels
Vorlage: 0061/2016

Der Stadtrat nimmt die Ergebnisse der Nachuntersuchungen im Kontext der Einführung des Bewohnerparkgebietes 07 zur Kenntnis.

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die Durchführung einer Bürgerbeteiligung zur Einführung einer zeitlich befristeten Parkscheibenregelung in Teilen des Schlesischen Viertels (Mainz-Oberstadt).

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.01.2016.

Punkt 35 **Bebauungsplanentwurf "Residenzpassage (A 269)" (Satzungsbeschluss)**
- Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: 0254/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
2. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den o.g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gemäß § 88 LBauO i.V. m. § 9 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.03.2016.

Punkt 36 **Veränderungssperre " O 67-VS/I" - Erste Verlängerung**
Erste Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungs-
planentwurfes "Backhaushohl / Römersteine (O 67)"; Satzung "O 67-VS/I";
hier: Beschluss gem. §§ 16 und 17 i. V. m. § 14 BauGB
Vorlage: 0264/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen gemäß §§ 16 und 17 i. V. m. § 14 BauGB für den Bereich des Bebauungsplanentwurfes "Backhaushohl / Römersteine (O 67)" die erste Verlängerung der Veränderungssperre als Satzung "O 67-VS/I"

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.03.2016.

Punkt 37 **Bebauungsplanverfahren "A 265" (Satzungsbeschluss)**
Bebauungsplanverfahren "Straßenbahntrasse Bahnhofstraße (A 265)"
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
- Vorlage der zusammenfassenden Erklärung gemäß
§ 10 Abs. 4 BauGB
Vorlage: 0265/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig zum o.g. Bebauungsplanverfahren:

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
2. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den o. g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie die integrierte Satzung über die Gestaltung baulicher Anlagen, Werbeanlagen und Warenautomaten gemäß § 88 Abs. 1 und 2 LBauO Rheinland-Pfalz in Verbindung mit § 9 Abs. 4 BauGB sowie § 24 GemO Rheinland-Pfalz,
3. die Zusammenfassende Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.03.2016.

- Punkt 38** **Bebauungsplan "Hochschulerweiterung südlich des Europakreisels - 2. Änderung (B 158/2.Ä)";**
hier: - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 BauGB
- Durchführung des Bebauungsplanverfahrens im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB
- Vorlage in Planstufe I
- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB
- Verzicht auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs.2 Nr. 1 BauGB
Vorlage: 0266/2016

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit (zwei Gegenstimmen, eine Enthaltung)

- den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB,
- die Vorlage in Planstufe I,
- das Bebauungsplanverfahren "B 158/ 2.Ä" im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchzuführen,
- die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Aushangverfahren durchzuführen,
- gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB zu verzichten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.03.2016.

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 39 **Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien**

Punkt 39.1 **Gremienbesetzungen** **Vorlage: 0002/2016**

Der Stadtrat wählt bzw. bestätigt einstimmig die nachfolgenden Personen in den entsprechenden Ausschüssen und sonstigen Gremien:

1. Mainzer Seniorenbeirat

(10 25 07 / 137)

Auf Vorschlag der FW-G-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von Frau Ribka-Korte

Heike Leidinger-Stenner

in das o. g. Gremium gewählt.

2. Sozialausschuss

(10 25 07 / 96)

Auf Vorschlag des Caritasverbandes wird als Nachfolgerin von Frau Drenkard-Heim

Diana Rizkalla

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von StRM Willius-Senzer

Kerstin Bub

in das o. g. Gremium gewählt.

3. Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

(10 25 07 / 27)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von StRM Koppius

Volker Hans

in das o. g. Gremium gewählt.

4. Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie

(10 25 07 / 176)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von StRM Koppius

Werner Rehn

in das o. g. Gremium gewählt.

5. Kulturausschuss

(10 25 07 / 42)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von StRM Willius-Senzer

Cornelia Goldenbaum

in das o. g. Gremium gewählt.

6. Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe

(10 25 07 / 75)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von StRM Koppius

Werner Rehn

in das o. g. Gremium gewählt.

7. Sportausschuss

(10 25 07 / 92)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als zusätzlicher Stellvertreter

Volker Hans

in das o. g. Gremium gewählt.

8. Verkehrsausschuss

(10 25 07 / 179)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von StRM Koppius

Werner Rehn

in das o. g. Gremium gewählt.

9. Werkausschuss KDZ

(10 25 07 / 53)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von StRM Koppius

Tobias Huch

in das o. g. Gremium gewählt.

10. Jugendhilfeausschuss

(10 25 07 / 33-0)

Auf Vorschlag des Evangelischen Dekanats wird als Nachfolgerin von Herrn Maskus

Bettina Klünemann

in das o. g. Gremium gewählt.

11. AG Kindertagesbetreuung des JHA
(10 25 07 / 33-24)

Auf Vorschlag des Diakonischen Werks wird als Nachfolgerin von Herrn Maskus
Bettina Klünemann
in das o. g. Gremium gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.03.2016.

Punkt 40 **Einwohnerfragestunde**

Seitens der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner werden keine Fragen gestellt.

Punkt 41 **Anregungen der Ortsbeiräte**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Vorlagen eingereicht.

Ende der Sitzung: 16:50 Uhr

gez. Michael Ebling
Vorsitz

gez. Detlef Blessing
Schriftführung